

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Die deutsch-chinesischen Beziehungen im Berichtszeitraum

a) Besuche

Hauptereignis war der Besuch von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff in der VR China. In Beijing fand auch die erste Sitzung des Chinesisch-Deutschen Wirtschaftsausschusses statt, bei dem nicht nur über Handelsfragen, sondern auch über die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Rohstoffe, Landwirtschaft und Industrie die Rede war. Beide Seiten einigten sich darauf, die provisorische landwirtschaftliche Arbeitsgruppe des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses in eine reguläre Arbeitsgruppe umzuwandeln. Außerdem legten die Chinesen der deutschen Seite den Entwurf eines Mustervertrags für den Investitionsschutz vor. Eigentlich wollten die Chinesen gern ein Regierungsabkommen statt eines beide Staaten verpflichtenden Vertrages, der dann nicht die Parlamentshürde zu nehmen brauchte. Nicht genügend stark ist die "Inländer-Behandlung" im chinesischen Entwurf herausgearbeitet. Die deutsche Seite hat aber immer schon Wert darauf gelegt, daß ihre Anleger nicht weniger günstig behandelt werden als chinesische Wirtschaftseinheiten (allerdings wurde die "Inländer-Behandlung" in den zahlreichen Abkommen mit Entwicklungsländern zu Ungunsten der deutschen Seite erheblich eingeschränkt). Nicht genügend berücksichtigt auf chinesischer Seite wurden auch die "enteignungsgleichen Akte", die eine Entschädigung auslösen. Der Abschluß eines Investitionsförderungsvertrages ist wichtig, weil ohne ihn keine Garantien des Bundeswirtschaftsministeriums gegeben werden können.

Die chinesische Seite betonte, daß sie die Joint Ventures am liebsten mit mittelgroßen und kleinen Projekten beginnen wolle, um so Erfahrungen sammeln zu können.

Die Bundesrepublik ist heute Chinas viertgrößter Handelspartner, und zwar nach Japan, Hongkong und den USA. Größter Käufer chinesischer Produkte ist nach wie vor Hongkong, wichtigster Lieferant Japan. Das Handelsvolumen beider Länder betrug im Vorjahr 2,167 Mrd. US\$. Über 340 Projekte beider Länder waren in den letzten Jahren Gegenstand von Verhandlungen. Bei 110 wurden bereits feste Vereinbarungen getroffen.

Graf Lambsdorff drückte seine Hoffnung aus, daß

China in Zukunft der Bundesrepublik und den westeuropäischen Ländern Kohle und Buntmetalle liefern könne. Die chinesische Seite erklärte sich damit grundsätzlich einverstanden, machte aber solche Lieferungen von der Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit abhängig. Beim Handel mit der Bundesrepublik hat China ein erhebliches Defizit zu verzeichnen. Dies ist ein wesentliches Hindernis für den Ausbau der bilateralen Handelsbeziehungen. Kurzfristig wird sich dies Problem freilich nicht lösen lassen. Langfristig jedoch sollte die EG die Importquoten für zollfreie Güter aus China erweitern. In Bezug auf allgemeine Zollpräferenzen ist es notwendig, China die gleiche Behandlung wie anderen Entwicklungsländern einzuräumen und die Einfuhr chinesischer Waren auf die EG-Märkte zu erleichtern. Graf Lambsdorff versicherte, er werde sich dafür einsetzen, eine Erweiterung der Zollpräferenzen für chinesische Waren zu unterstützen.

Eine weitere Delegation wurde geleitet von Heinz C. Hoppe, Mitglied des Vorstandes der Daimler-Benz AG. Bei den Gesprächen ging es um die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in der Autoindustrie (XNA, 7.8.80).

Weitere Einzelheiten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Beijing und Bonn im Außenwirtschaftsteil dieser Nummer.

b) Technische Zusammenarbeit

Das Zentrale Wetteramt der VR China und der bundesdeutsche Wetterdienst unterzeichneten am 28.5.1980 in Genf ein Abkommen über eine Fernmeldeverbindung Beijing-Offenbach, die nun am 1.8.80 aufgenommen wurde. Zweck der Verbindung ist es, den Austausch meteorologischer Informationen zwischen beiden Ländern über das globale Kommunikationsnetz zur Wetterbeobachtung der Weltorganisation für Meteorologie zu erweitern.

c) Kulturelle Zusammenarbeit

Ein Kammermusik-Ensemble der Berliner Philharmoniker gab in mehreren Städten Chinas Konzerte.

Inzwischen wurde auch ein Chinesisches Institut für Deutsche Geschichte gegründet, und zwar während eines Symposiums über deutsche Geschichte, zu der sich Spezialisten und Professoren für deutsche Geschichte aus 42 Hochschu-

len, Instituten und Verlagen vom 6. bis zum 12.8. zusammengefunden hatten. Bezeichnenderweise fand das Symposium in Qingdao in der Provinz Shandong statt. Die Teilnehmer meinten, historische Ereignisse in Deutschland hätten nicht nur Europa, sondern auch die übrige Welt beeinflußt - genauso wie die moderne deutsche Wissenschaft und Technik. Wang Bingnan (71) und Cheng Fangwu (82) wurden zu Ehrenpräsidenten des Instituts gewählt. Wang studierte von 1931 bis 1936 Germanistik in Deutschland und ist derzeit Vorsitzender der Gesellschaft des Chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland. Cheng Fangwu übersetzte 1929 während seines Aufenthalts in Deutschland als erster Chinese das "Manifest der Kommunistischen Partei" ins Chinesische. Er ist heute Rektor der Chinesischen Volksuniversität. Xiong Wei, Professor an der Peking-Universität, ist Präsident des neuen Instituts für Deutsche Geschichte (BRu 1980, Nr.35, S.29).

- we -

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(2) Vorsichtige Zurückhaltung in der Kommentierung zu den polnischen Streiks

Die Medien gaben hier kaum Kommentare ab, sondern beschränkten sich nahezu ausschließlich auf die kommentarlose Wiedergabe der Ereignisse in Polen. Die Streikvorgänge in Danzig, das Einlenken der Regierung, die Verhandlungen zwischen Regierung und überbetrieblichem Streikkomitee sowie sogar die Einzelheiten der 21 Forderungen des Komitees an die Regierung werden genauestens wiedergegeben (XNA, 28.8.80), selbst das Verlangen nach freien Gewerkschaften. Allerdings gehen die Meldungen dann doch wieder nicht so weit, daß sie erklärten, was unter "freien Gewerkschaften" eigentlich zu verstehen sei. Auch für chinesische Vorstellungen sind solche "syndikalistischen" Ansätze ja tabu - zumindest noch im gegenwärtigen Stadium. Man kann aber sicher sein, daß die Chinesen keinen Augenblick gezögert hätten, auch dem Verlangen nach solchen "freien Gewerkschaften" Beifall zu zollen, wenn damit gleichzeitig eine antisowjetische Spitze mit im Spiele gewesen wäre. Da die polnischen Arbeiter aber gerade diese heiße Frage sorgfältig ausparten, sehen auch die chinesischen Kommunikationsmittel keinen Anlaß, in dieser für sie unangenehmen Syndikalismusfrage Stellung zu beziehen. Im eigenen Haus würden solche Forderungen ohnehin bekämpft.

Leider gab die ganze Streikfrage wenig anti-sowjetischen Stoff ab, obwohl die Streiks mit der von China schon oft beschworenen Ausbeutung der Polen und anderer osteuropäischer Länder im COMECON-Rahmen zusammenhängen. So fehlt denn auch nicht der Hinweis, daß sowohl die Streiks von 1970 und 1976 als auch die von 1980 Aus-

druck des "Widerstandes gegen die Ausbeutung durch die Sowjetunion" seien (XNA, nach SWB 21.8.80). Im übrigen empört sich Xinhua (XNA, 23.8.80) darüber, daß die Sowjetunion westliche Sendungen in russischer, estnischer und usbekischer Sprache über die Ereignisse in Polen gestört habe. Ferner hätten die Kommentare Moskau zu den Vorgängen in Polen an Sprachregelungen erinnert, die auch bei der Invasion in die Tschechoslowakei 1980 hätten erhalten müssen (XNA, 1.9.80).

-we-

(3) Voraussetzungen für eine Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen

In einem Gespräch mit kanadischen Journalisten führte der stellvertretende Premier Bo Yibo am 26.8. aus, daß es zu einer Verbesserung zwischen Beijing und Moskau nur kommen könne, falls die Sowjetunion ihre Politik der globalen Hegemonie, ihrer Aggression gegen Afghanistan, ihre Unterstützung für die vietnamesische Besetzung Kambodschas und ihre Politik der Feindschaft gegenüber China aufgebe. Gegenwärtig gebe es dafür jedoch keinerlei Anzeichen (XNA nach SWB, 29.8.80).

-we-

NORDAMERIKA

(4) Beijings Stellungnahme zur Zwei-China-Theorie des US-Präsidentenskandidaten Ronald Reagan

George Bush, der republikanische Kandidat für die Vizepräsidentschaft, besuchte Mitte August die VR China. Bush war einer der Vorsitzenden des Chinesisch-Amerikanischen Verbindungsbüros in China, das von 1972 bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen Anfang 1979 bestand. Ohne daß die Zwei-China-Pläne Reagans, des Präsidentschaftskandidaten, diskutiert wurden, wies der chinesische Außenminister Huang Hua bei seinem Treffen mit Bush darauf hin, daß bisher beide amerikanischen Parteien, die Republikaner unter Nixon und Ford sowie die Demokraten unter Carter, eine korrekte Ein-China-Politik verfolgt hätten (XNA, 22.8.80). Bush, der die chinesische Einstellung sehr wohl kennt, hatte diesem Hinweis auch nichts hinzuzufügen. Aber kurz vor seinem Erkundungsbesuch hatte Ronald Reagan zum Auftakt der Wahlkampf-Endrunde erneut betont, daß die USA zu Taiwan wieder offizielle Beziehungen aufnehmen müßten. Beijing (RMRB, 19.8.80) wies mit Schärfe darauf hin, daß diese Rechnung nicht aufgehen werde. Es gebe nur ein China, und Taiwan sei ein Teil Chinas. Was unter drei Präsidenten (Nixon, Ford und Carter) gut funktioniert habe, könne nicht einseitig wieder aufgehoben werden. Oberdies habe die amerikanisch-chinesische Wiederannähe-

Grund nach dreißig Jahren Feindschaft nicht auf den Willens irgendwelcher Einzelpersonen stattgefunden, sondern sei das Resultat der gemeinsamen Bemühungen der Völker und Regierungen beider Länder gewesen und habe auch der Weltlage entsprochen.

In anderem Zusammenhang wird auch Senator Goldwater angegriffen, der ebenfalls die Zwei-China-These vertritt (BRU 1980, Nr.35, S.10).

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(5) Afghanistan: China vergleicht den Afghanistan-Krieg der Sowjets mit dem Vietnam-Krieg der USA

Zhang Qihua zeigt folgende Parallelen auf (RMRB, 16.8.80):

- Die Sowjets glaubten, mit rund 100.000 Soldaten im Handumdrehen Afghanistan nehmen zu können. Mit diesem begrenzten Einsatz konnten aber lediglich Kabul und einige Schlüsselstädte entlang der Hauptstraßen besetzt werden.

- Das weite Land bleibt in der Hand der Widerstandskämpfer. 100.000 Sowjetsoldaten reichten nicht aus. Man müsse, um überhaupt effektiv operieren zu können, den Gesamttruppenbestand wahrscheinlich auf 300.000 Mann aufstocken.

- Gleichzeitig sei das Lakaienregime Karmal unfähig, mit dem Land fertigzuwerden oder gar die Sympathien der Bevölkerung zu gewinnen. Afghanen könnten also nicht gegen Afghanen eingesetzt werden. Die schmutzige Arbeit müsse von den Sowjets selbst verrichtet werden.

- Ferner muß die Sowjetunion täglich tiefer in die Tasche greifen, und z.Zt. pro Tag rund 3-4 Mio.US\$ in das Afghanistan-Unternehmen stecken.

Einen wichtigen Unterschied zum amerikanischen Vietnam-Unternehmen gebe es allerdings: Moskau sei etwas klüger als das damalige Washington. Immerhin verstehe sich die Sowjetunion meisterhaft auf das Spiel "Krieg-Entspannung-Krieg". Ob die Welt sich aber auf die Dauer täuschen lasse?

-we-

(6) Scharfe Verurteilung Israels wegen dessen Jerusalem-Politik

Am 5.8. gab ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums eine Erklärung heraus, in der "gesetzwidrige Akt der Änderung des Status von Jerusalem" durch Israel verurteilt wird. Die israelische Knesset hatte am 30.7. den Beschluß gefaßt, daß Jerusalem "ewige und unteilbare Hauptstadt" Israels sei und daß der Premierminister alsbald seinen Regierungssitz nach Ost-Jerusalem verlegen wolle. Dies sei ein

offener Verstoß gegen den Beschluß der UNO-Generalversammlung, der kurz vorher in einer Sondersitzung gefaßt worden war.

Vom 22. bis zum 29. Juli hatte eine außerordentliche Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zur Palästinafrage stattgefunden, in der Israel aufgefordert wurde, aus allen von ihm seit nunmehr fast zwanzig Jahren im Nahen Osten besetzten Territorien anderer Staaten abzuziehen, und zwar bis zum 15.11.1980. Ein RMRB-Kommentar (1.8.80) betont, daß die Palästinafrage heute nicht nur eine Teilfrage, sondern ein umfassendes Problem geworden sei. Ohne ihre Lösung könne es auch keinen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben. Seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan und dem immer spürbarer werdenden Drang der Sowjets zum Persischen Golf sei eine Lösung notwendiger denn je.

Die Jerusalemfrage sei Teil der gesamten Nahostfrage. Wörtlich: "Israel muß sich aus allen arabischen Territorien zurückziehen, die es seit 1967 okkupiert hat, einschließlich Jerusalems. Die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes müssen wiederhergestellt und es muß eine umfassende und gerechte Regelung der Mittelostfrage gefunden werden" (XNA, 6.8.80).

Es gebe eine Doppelursache für das Vorgehen Israels in der Jerusalemfrage: Innenpolitisch habe die Regierung Begin die Wirtschaft militarisiert und sich ganz auf Expansionismus eingestellt - und dies um den Preis steigender Schulden und wirtschaftlicher Einbrüche. Außenpolitisch werde Israel von "beiden Supermächten" (sic!) in seinem Bemühen unterstützt, den Nahen Osten noch explosiver zu machen. Von einem Unruheherd Mittelost versprechen sich die Supermächte eigene Vorteile (RMRB, 5.8.80).

Am 24.8. empfing Hua Guofeng eine Delegation der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung (al-Fatah) (XNA, 26.8.80). Zwischen China und der PLO, der Vertreterin des palästinensischen Volkes, bestehen seit 1965 diplomatische Beziehungen.

-we-

ASIEN

(7) Beijing applaudiert der verstärkten Aufrüstung Japans

China hat Japan in den vergangenen Monaten schon mehrere Male aufgefordert, seine Verteidigungspolitik zu überdenken und künftig - angesichts des sowjetischen Vordringens im pazifischen Bereich - mehr für seine Verteidigung zu tun. Mit Befriedigung hat man in Peking nun zur Kenntnis genommen, daß das neue Kabinett Zenko Suzuki im Fiskaljahr 1981 die Verteidigungsausgaben im Vergleich zu 1980 um 9,7% steigern, die Ausgaben für moderne Ausrüstungen

um das Siebenfache in die Höhe schrauben will. Die Entschlossenheit des neuen Kabinetts, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, beruhe auf der geänderten Weltlage. Im japanischen Verteidigungs-Weißbuch für 1980 heißt es, das sowjetische Vordringen im Indischen Ozean, der größer werdende sowjetische Einfluß auf den Nahen Osten und Afrika und die sowjetische Invasion in Afghanistan hätten die Spannungen zwischen Ost und West verschärft. Der Ausbau der sowjetischen Streitkräfte in Fernost und um Japan herum sowie auf den japanischen nördlichen Territorien (das sind die vier Nordkurilen) stelle eine wachsende potentielle Bedrohung für die japanische Sicherheit dar.

Gleichzeitig will die japanische Regierung eine weitere Stabilisierungsmaßnahme treffen, indem sie den Entwicklungsländern mehr Wirtschaftshilfe gewährt. 1980 noch sollen 2,8 Mrd. US\$ ausgegeben werden. Zwischen 1981 und 1985 sollen sich diese Ausgaben jedoch verdoppeln, und zwar bis zum Betrag von 5,6 Mrd. US\$.

Im Januar 1981 werde Ministerpräsident Suzuki außerdem die fünf ASEAN-Länder besuchen. Auch dies sei ein kleiner Schritt zur Stärkung der antisowjetischen Vereinten Front in Asien (BRu, 1980 Nr. 35, S. 12).

-we-

(8) Deng: China hält weiterhin zu Pol Pot

In einem Interview mit der italienischen Journalistin Oriana Fallaci am 21. und 23. August 1980 hat der stellvertretende KPCh-Vorsitzende Deng Xiaoping die chinesische Unterstützung für das Pol-Pot-Regime verteidigt. Auf die Frage, warum China weiterhin die Gruppe um Pol Pot in Kambodscha unterstütze, sagte Deng: "Wer verjagte sowohl die Amerikaner als auch das Regime von Lon Nol? Waren es etwa nicht das Demokratische Kambodscha und die Kommunistische Partei unter der Führung von Pol Pot?" Und: "Es ist wahr, daß Pol Pot und seine Regierung sehr schwere Fehler begangen haben. Das haben wir auch Pol Pot gesagt. Aber China ist ein großes Land, und wir wollen nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir anderen unseren Willen aufzwingen. Die Frage heute ist, wer die Vietnamesen bekämpft. Die einzigen, die wirksamen Widerstand gegen die Vietnamesen leisten können, sind die Kommunisten unter Pol Pot. Das kambodschanische Volk folgt ihnen." Deng bestritt, daß unter Pol Pot rund 1 Million Menschen getötet worden seien. "Diese Zahl ist keineswegs sicher. 1 Million auf 5 Millionen Einwohner - das ist eine völlig irrsinnige Ziffer."

-sch-

(9) Die Malakka-Straße als Element für eine Einkreisung Chinas durch die Sowjetunion

Gewinne die Sowjetunion die Kontrolle über die Malakka-Straße, das Nadelöhr vom Indik zum Pa-

zifik, so könnte sie nicht nur Japan lahmlegen und Europa sowie die USA von Versorgungsgütern abschneiden, sondern hätte darüber hinaus auch einen entscheidenden Schritt zur Vollendung der Einkreisung Chinas und zur Unterwerfung der Länder Südostasiens getan. Solche düsteren Aussichten werden von RMRB (2.8.80) an die Wand gemalt. Noch 1960 sei die sowjetische Pazifikflotte die schwächste der vier Sowjetflotten gewesen. Inzwischen sei sie nach der Ostseeflotte zur zweitstärksten aufgestiegen. 1975 hatte die sowjetische Pazifikflotte eine Tonnage von 750.000 t, die inzwischen auf 1.520.000 t angestiegen ist. Die Flotte bestehe aus insgesamt 785 Schiffen, darunter 130 U-Booten (z.T. mit Nuklearwaffen), 24 Zerstörern mit Raketenlenkwaffen und dem Flugzeugträger "Minsk" mit einer Tonnage von 74.500 t. Die Pazifikflotte verfügt darüber hinaus über rund 300 strategische Geschosse und rund 360 taktische Flugzeuge. An Bord sind rund 130.000 Mann, also etwa 30% der sowjetischen Marine-streitkräfte.

Um ihrem Ziel, der Kontrolle über die Malakka-Straße, näherzukommen, habe die Sowjetunion schon seit längerem für eine "Internationalisierung" der Malakka-Straße plädiert (die drei Anliegerstaaten Singapur, Malaysia und Indonesien wünschen die Nationalisierung). Außerdem benutze die Sowjetunion seit 1979 die vietnamesischen Häfen Cam Ranh, Da Nang, Ho-Chi-Minh-Stadt, Haiphong sowie weitere vietnamesische Luft- und Seestützpunkte. Dazu komme neuerdings noch Kompong Som, der südliche Tiefwasserhafen Kambodschas. Immer häufiger dringe die Sowjetunion auch in das Südchinesische Meer ein. 1979 seien es 18 Einheiten, 1980 bereits 30 Einheiten gewesen, die hier vorgestoßen seien.

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(10) FAO-Hilfe für China

Im Kreise Tongxian bei Beijing sowie im Kreise Wuxi in der ostchinesischen Provinz Jiangsu wurden mit Hilfe der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) zwei Saatgutfabriken errichtet und in Betrieb genommen. Jede Fabrik kann pro Stunde fünf Tonnen Saatgut verarbeiten. Diese Fabriken wurden gemäß einem Abkommen zwischen China und der FAO geliefert. China war für den Bau verantwortlich, die FAO stellte die Geldmittel, und Österreich lieferte die Anlagen (BRu 1980, Nr. 35, S. 30).

-we-